

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Läden erhältlich

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (rei Haus 2 RM, (Halbmonat 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM, (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpostf. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Scheidelung: Dresden-A. Osterbahnpostf. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Druckplan: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Donnerstag, den 23. Juni 1927 Nummer 144

Kleineres Brot - höhere Preise!

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers / Täuschungsmanöver zur Beruhigung der Massen

Auch eine Antwort

Kritik am Verhalten linker SPD-Führer - Den SPD-
Arbeitern zum Nachdenken,
Von Walter Otto, Leipzig.

Mit Beginn des Kieler Parteitag der SPD tagte zugleich der Landeskongress der Werktätigen in Dresden. Auf diesem Kongress waren unter den Delegierten auch eine Anzahl der SPD bzw. der SAZ angehörende Genossen, die in einer Delegationsführung einen Offenen Brief an die Sachverständigenkommission auf dem Kieler Parteitag beschlossen. Der Offene Brief, dessen Inhalt zu den aktuellsten innen- wie außenpolitischen und rein organisatorischen Streitfragen der SPD Stellung nahm, ist der Arbeiterschaft durch die Veröffentlichung in der kommunistischen Presse und durch die Diskussionen in den Betrieben, den SAZ-Gruppen usw. bekannt. Die Abfasser des Briefes haben nachweislich ihren Mann in der Partei, Gewerkschafts- und Jugendbewegung gestellt. Mäander von ihnen hat der Partei- und sozialdemokratischen Jugendbewegung Tugend vor Mitgliedern zugeführt. Alle forderten für die Idee des Sozialismus oft gingen sie mit der Organisation auch in den Tagen größter Belästigung durch die und dann. Wenn diese Genossen an die linken Führer appellierten, so nahm natürlich jeder an, daß zumindest in Kiel eine Stellungnahme zum Offenen Brief erfolge, oder aber den unterzeichneten Genossen eine Antwort jage. In dieser Annahme wurden wir jedoch getäuscht. Alles hüllte sich in tiefes Schweigen. Daß aller Parteifunktionäre wurde uns nach dem Parteitag bekannt, daß man nur in den engeren Kreisen der Partei heimlich tschelte und diskuterte. Man wählte also die Methode des Totschweigens. Und dennoch wurde den sozialdemokratischen Arbeitern der Offene Brief bekannt, ohne daß sich die linken Führer genötigt fänden, eine Antwort bei der Parteiverammlung in den Mitgliederversammlungen zu geben. Dafür antworteten sie in der Landtagsdebatte am 16. Juni vor der Bourgeoisie auf den Offenen Brief.

Einige Zitate aus dem Referat des Genossen Hillerding - Leipziger Volkszeitung vom 27. Mai - über „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik“ beleuchten den Koalitionskurs der Partei. Was ihm haben, wie weiter unten ersichtlich ist, die „linken“ Sachverständigen die Konsequenz schon gezogen. So sagt Hillerding:

„Ich halte es deshalb auch für vollkommen verfehlt, bei der Bildung der Landesregierungen Bedingungen für die Reichspolitik zu stellen. Wie wir in alle Regierungen hineingehen, auch ohne Mehrheit (!), so müssen wir auch in die Landesregierungen von Sachsen und Thüringen hinein. Daß die sächsische Regierung etwas anderes wäre als der Reichrat Berlin, das ist die Selbstüberschätzung der sächsischen Genossen.“ (Hilferkeit und Weisheit)

Weiter heißt es in den tatsächlichen Richtlinien von Kiel:

Der Kampf um die Eroberung der Staatsmacht macht die Erregung und Behauptung möglichst zahlreicher Mandatspositionen (!) in Gemeinde, Staat und Reich notwendig. Allen durch die aktive Betätigung in der Verwaltung kann die notwendige Republikanisierung und Demokratisierung der Verwaltung erreicht werden. Schon daraus ergibt sich die hohe Bedeutung der Teilnahme der Sozialdemokratie an der Verwaltung der Gemeinden und Länder.“

Aus diesen beiden Zitaten ersieht man also die Betonung der Koalitionsbereitschaft für alle Fälle.

In Sachsen erleben wir nun seit Anfang Juni wieder eine Regierungskrise. Während der großen Aussprache über die Mißtrauens- und Auflösungsanträge im Landtag antwortete der linkssozialistische Genosse Edel auf Zurufe der Kommunisten: „Wir sind in den Fragen der sächsischen Politik ohne Differenzen mit der Reichspartei.“

Was bedeuten diese Worte eines führenden Koalitionsmitgliedes nach dem Kieler Parteitag, was aber insbesondere während der sächsischen Regierungskrise? Die sächsische Landtagsfraktion verbeugt sich damit respektvoll vor dem Genossen Hillerding, und da dieser die parteioffizielle Meinung vertritt, vor dem Parteivorstand überhaupt. In Sachsen erklären die Genossen Arzt und andere, daß sie grundsätzlich die Koalition mit der Bourgeoisie ablehnen und lediglich diese unmißverständlichen Erklärungen führen diesen Genossen das Vertrauen unter der SPD-Arbeiterschaft. In Kiel aber schwebten die sächsischen Linken über diese Fragen aus. Der Parteivorstand stellte daraufhin mit Genugtuung fest, daß kein einziger Delegierter auf dem Parteitag sei, der die Koalition grundsätzlich abgelehnt hätte.

Die Linken wußten nur zu genau, daß in Kiel der Hohn und Spott für sie genau so garantiert waren, wie in Sachsen der Beifall nach ihren „revolutionären“ Reden. Die Rede des Abgeordneten Edel kann somit als Liebeswerben vor den bürgerlichen Mittelparteien aufgefaßt werden, die natürlich den Koalitionspartnern an reaktionärem Charakter um nichts nachstehen. „Wir sind in den Fragen der sächsischen Politik ohne Differenzen mit der Reichspartei“, heißt die Koalitionspolitik neben den Mahnungen Hillerdings gehörten, auch in die Lin-

Das neue Hungerprogramm: Verschärfte Rationalisierung - weniger Lohn - weniger Essen!

Berlin, 22. Juni. (Eig. Drahtbericht)

Auf dem Industrie- und Handelsstag hielt der sogenannte Reichswirtschaftsminister Curtius eine Rede, in der er u. a. für eine verschärfte Fortsetzung der „Rationalisierung“ sprach. Klar und unmissverständlich brachte er zum Ausdruck, daß die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie nicht durch Lohnerhöhungen gefördert werden dürfe. „Die Erreichung dieses Zieles (die Verzögerung des Abwärtens auf Grundlage verbilligter Gütererzeugung) dürfe nicht durch entgegengelegte Bestrebungen beeinträchtigt werden.“ Gleichzeitig hatte er den Mut, Bestrebungen der Reichsregierung „zur Senkung der Preise und zur Steigerung des Reallohns der arbeitenden Klassen“ anzufordern. Unter dem Druck der Stimmung, die schon jetzt über die geplanten Lohnerhöhungen auf landwirtschaftliche Waren in den Massen herrscht, gestand Curtius nämlich ein, „daß eine außerordentlich große Zahl industrieller Warengruppen zwei Jahre lang mit Zollhöhen belastet ist, die in dieser Höhe ihnen für so lange Zeit niemand zugestehen wollte. Es tritt deshalb nunmehr die erste Frage auf, ob und unter welchen Voraussetzungen noch nicht ermäßigte Zollpositionen autonom zu senken sind.“ Die Klausel „ob und unter welchen Voraussetzungen“ ist so zu beantworten, daß die gegenwärtige Regierung des Bürgerblocks alles andere beabsichtigt, als tatsächlich Zölle abzubauen. Der Reichsminister Schiele sagte erst vorgestern auf der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates: „Wenn man heute auf Grund der schlecht verkauften Waren der Weltwirtschaftskrise über den Abbau des Deutschen Zollneues diskutiert, so verkennt man vollkommen die besondere Lage unserer Volkswirtschaft.“ Die verklausulierten Besprechungen des Ministers Curtius sind also nicht wie ein Täuschungsmanöver, an die Adresse der arbeitenden Massen gerichtet, die beruhigt werden sollen, um dann um so sicherer mit den landwirtschaftlichen Lohnerhöhungen überzumpelt zu werden.

Ein ähnliches Täuschungsmanöver, wie mit dem Zollherabsetzungsverprechen des Reichsministers Curtius, wird in Berlin mit der Brotverkleinerung durchgeführt. Wie die Welt am Abend meldet, haben die Bäckermeister mit den zuständigen Behörden über eine neue Herabsetzung des Brotpreises Verhandlungen geführt. Die Preissteigerung des Brotes soll nicht durch die Verkleinerung, sondern durch die weniger auffällige Gewichtsverminderung durchgeführt werden. Die beabsichtigte Herabsetzung des Brotpreises wird von den Bäckermeistern mit der erneuten Steigerung der Roggen- und Weizenpreise begründet. Bei der letzten Brotverkleinerung durch Gewichtsverkleinerung

stand der Roggenpreis auf 260, gegenwärtig ist er auf 278 hinaufgetrieben. Das ist eine Steigerung von 128 seit einem Jahr, wo er auf 150 stand. Das ist das Ergebnis der bisherigen „Verbilligungspolitik der Bürgerblockregierung“. Die Brotverkleinerung in Berlin soll über die Preissteigerungen noch hinausgehen. Das Berliner Normbrot wog früher 3000 Gramm, also 6 Pfund für 50 Pfennig. Heute bekommt der Berliner nur noch 1015 Gramm für 50 Pfennig und wird nach der neuen Gewichtsverkleinerung nur noch 865 Gramm für 50 Pf. erhalten. Die Berliner Behörden haben die Gewichtsverkleinerung vorgeschlagen, da mit der Einführung der geplanten landwirtschaftlichen Zölle eine neuere Verkleinerung in Aussicht steht und nach der Erledigung dieser Zollfrage eine neue Preissteigerung des Brotes unumgänglich wird. Deshalb soll schon jetzt, noch in dieser Woche, das Brot erheblich kleiner werden, damit dann später die Teuerung aufs neue durch Preissteigerung für das verkleinerte Brot möglich werden soll.

Muhnießer des Zollwuchers

Verleumdung der Kartoffelzölle.
In dem Inzeratenteil der agrarischen Zeitungen werden Güter zu außerordentlich stark gelagerten Preisen angeboten. So gibt sogar Inzerate, in denen darauf hingewiesen wird, daß die Rentabilität der Güter angelastet der zu erwartenden neuen Zölle sich viel günstiger als bisher gestalten würde. Die deutschnationale Volkspartei hat beschlossen, nicht nur die Verdoppelung, sondern die Verdreifachung des Kartoffelzollens unter allen Umständen durchzuführen. Gegenwärtig finden deutschnationale Verhandlungen mit dem Zentrum statt. Die Verhandlungen werden geführt vom Kartoffelbrenner Herold, der das höchste Interesse hat, die Kartoffelzölle und damit die Kartoffelpreise hochzutreiben. Die Deutschnationalen haben ebenfalls beschlossen, die Zollfreiheit von großen Getreide- und Schweinefleisch zu erhöhen. Gegen die preissteigernden Manöver mahnt die Arbeiterklasse endlich in einer geschlossenen Front auf härteste Stellung nehmen.

Gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien

Der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien, der gestern vormittag eine Sitzung abhielt und den Bericht Stresemanns über die Genfer Politik entgegennahm, kam zu dem Beschluß, zur Debatte über die Außenpolitik der Regierung eine gemeinsame Erklärung abzugeben, die von dem Zentrumsabgeordneten Kaas vorgelesen werden soll.

Sachverständigenkommission, an die der Offene Brief adressiert war, eine Antwort auf denselben gegeben, wie wir sie deutlich nicht haben können.

Die Linke des revolutionären Sozialismus ist verlassen auch von den Führern, mit denen wir hoffen, die Partei revolutionieren zu können. Der Glaube an die Gewinnung der Partei ist heute nur noch ein leerer Wahn, aber mit den gewählten Worten Hillerdings zu reden, „... ein müßiges Spiel der Phantasie!“

Vorherhand wagt keiner der Abgeordneten, den Anfang zu machen, offensichtlich die Notwendigkeit der Koalition mit den bürgerlichen Parteien den Arbeitern zu interpretieren. Ein Sturm der Entrüstung ging durch die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter, erfürhten sie von der Grundlosigkeit ihrer Abgeordneten. Die letzten Jahre haben ja gezeigt, daß - von einigen stabilen Leuten abgesehen - die Mehrzahl der Landtagsabgeordneten weniger der Grundfähige als mehr des Mandats wegen in den Landtag gingen. Die Kreisgeneralversammlungen in Leipzig, an denen der Verfasser dieser Zeilen als Delegierter teilgenommen hat, boten oft ein Schauspiel dieses widerlichen Mandatschadens. Die Linke war den Sozialisten bisher vor: Der Grundlag ist ihnen nichts, das Mandat alles! Nach einiger Sach- und Verleumdung in der SPD kann man heute schon sagen, daß es nur noch kurze Zeit währen kann, und die sozialdemokratischen Arbeiter werden erkennen, daß die Pfeile, die den Wern von den Linken zugeschoßen wurden, mit ungehemmter Durchschlagskraft auf die Schützen zurückprallen.

Welche Konsequenzen gibt es zu ziehen?
Die SPD-Arbeiter müssen mit kritischen Augen schauen, und sie werden sehen, daß die sächsischen Linke vom Parteivorstand nur in einigen sekundären, politisch-taktischen Fragen abwechseln, daß also die immer wiederkehrende Betonung der „roten“ Sachlagen eine billige Redensart ist. Auch Löhne und Seewerke haben ja geschworen, im Herbst bei gesunder Rückkehr in den Reichstag die Opposition „ein bisschen aufzumuntern“. Das ändert jedoch an der Tatsache nichts, daß Seewering morgen mit

demselben Regierungspartnern zusammengehen würde, und mit ihnen die revolutionären Arbeiter niederzuknallen bereit wäre, wie ja gerade Seewering sich rühmt, das Volk vor dem Bolschewismus, d. h. also vor der Befreiung aus Knechtschaft und Sklaverei geschützt zu haben. Die sächsischen Führer sind im gegebenen Moment aus Feigheit vor den Trübungen der Bourgeoisie zu denselben „kaasomännischen“ Taten bereit wie Kaas, Braun, Seewering und Ergasinski. Für die Linken gibt es nur „Taktik“, die revolutionären Arbeiter aber fordern Grundzüge!

Die inquisitorischen Ausschlußverfahren gegen linke SPD- und SAZ-Mitglieder zeigen die Unversöhnlichkeit der Herren Frenzel, Lipinski, Saupe und Schröter mit den Führern der Sozialdemokratie Müller, Weis, Dittmann. Der sozialdemokratische Arbeiter bedenklich: Ausschüsse vom SPD-Funktionären, Auflösung ganzer Unterbezirke der SAZ Ausschluß dreier Ortsgruppen der SAZ Ausschüsse dühender Einzelfunktionäre und Mitglieder der SAZ in einem Vierteljahr allein im Bezirk Westfachsen wegen revolutionärer Gesinnung. Der ganze Rahmen der „Linken“ kommt zum Ausdruck in dem am Sonnabend den 18. Juni wiedergeschlagenen Ausschlußverfahren gegen die sozialdemokratischen Arbeiterfunktionäre Furtkhardt und Epenhain in Leipzig. Diese Genossen sollten auf den offenbar von dem Bezirksvorstand inspirierten Antrag ihrer Ortsvereine Wiederwahl und Leipzig-Kodau wegen „parteilich-abhängenden Verhaltens“ aus der SPD ausgeschlossen werden. (Aus der SAZ sind sie seit Monaten ausgeschlossen.) Lipinski legte den Genossen die Mitunterzeichnung des Flugblattes „Gegen Terror und Verleumdung“, die Einberufung eigener öffentlicher Versammlungen, in denen Walter Otto und die Beschuldigten selbst über den Terror in der SPD sprachen, zur Last. Um eine politische Stellungnahme zu dem Inhalt des Offenen Briefes auf dem Parteitagkongress an die Sachverständigenkommission der Kieler Parteitag zu drücken sich die Richter. Die Reformisten Frenzel, Lipinski usw. hätten so gern nach Walter Otto zwei weitere Funktionäre zur Strecke gebracht. Liebmann opponierte jedoch mit Erfolg gegen den Ausschluß. Die anwachsende Opposition der SPD-Arbeiter